

55 Jahre Zwangskollektivierung: Bauernbund fordert Agrarpolitik für eine bäuerliche Landwirtschaft

Erstellt: Samstag, 25. April 2015

Der Deutsche Bauernbund hat die immer noch durch Großbetriebe geprägte Agrarstruktur in den neuen Bundesländern als suboptimal bezeichnet. Auf einer Gedenkveranstaltung in Kyritz anlässlich des 55. Jahrestages der Zwangskollektivierung im so genannten Sozialistischen Frühling sagte der brandenburgische Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung gegenüber dem RBB, das Ziel jeder vernünftigen Agrarpolitik müsse eine bäuerliche Landwirtschaft sein. "Wir brauchen mehr Selbständige, mehr Privatinitiative, mehr Wertschöpfung – und nicht das ewige Schönreden der Großstrukturen durch die ostdeutschen Agrarminister", betonte Jung.

Vor den rund 70 Teilnehmern am Denkmal für die Opfer der Zwangskollektivierung erinnerte Rainer Potratz, Mitarbeiter der brandenburgischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, an die Ereignisse des Frühjahrs 1960, als die SED mit Gewalt den Zusammenschluss von etwa 400.000 bis dahin selbständigen Bauern zu Produktionsgenossenschaften durchsetzte: "Von Freiwilligkeit konnte in dieser Phase keine Rede mehr sein." Bäuerliches Eigentum dürfe nie wieder für angeblich höhere Zwecke geopfert werden, forderte Jung in seiner Rede und kritisierte, dass in Brandenburg schon wieder Landwirte zugunsten von Braunkohletagebauen oder Naturschutzgebieten enteignet werden sollen: "Das schwere Unrecht der Zwangskollektivierung mahnt zum Widerstand gegen Ideologien jeglicher Couleur."